Deutscher Reichstag.

206. Sitzung vom 29. März, 12 Uhr.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Die dritte Etatsberathung wird fortgesetzt mit dem Marine-Etat.

Das Ordinarium wird angenommen mit einer Resolution Dr. Lingens (Ctr.) auf Gewährung einer größeren Sonntagsruhe und Ermöglichung des Besuches des Gottesdienstes für Offiziere und Soldaten in Heer und Marine, nachdem Generalleutenant **v. Spitz** und Staatssekretär **Hollmann** erklärt hatten, daß schon jetzt die preußische Militärverwaltung und die Marineverwaltung für größte Ermöglichung des Kirchenbesuchs der Soldaten und Offiziere sorge.

Zum Extraordinarium liegt ein Antrag Frhr. v. Manteuffel (k.), Graf v. Behr (Hp.) und Dr. v. Bennigsen vor auf Bewilligung der in zweiter Lesung gestrichenen Kreuzerkorvette K.

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (k.) führt in der Begründung des Antrages an, daß die Nothwendigkeit der Bewilligung noch von keiner Seite bestritten sei, sondern nur ein Aufschub gewünscht werde. Die geringe Zinsenersparniß wiege die Gefahr, die durch einen Aufschub entstehen könnte, nicht auf. Ein Hauptgrund ist für den Redner auch die Arbeitslosigkeit, welche auch die Sozialdemokraten veranlassen müßte, für den sofortigen Bau des Kreuzers zu stimmen.

Abg. Dr. **v. Bennigsen** (nl.): Ich kann mich den Gründen des Vorredners durchaus anschließen. Es handelt sich nicht um eine große Ersparniß, sondern nur um die Zinsen eines oder zweier Jahre. Der Kreuzer wird für den Schutz unseres Handels von der größten Bedeutung sein im Falle eines Krieges. Die andern Nationen haben mehr solcher Kreuzer als wir, da fertig ausgerüstet nur zwei Kreuzer laufen, die „Irene" und „Prinzeß Wilhelm". Es kommt auch darauf an, in der schwierigen industriellen Lage den Schiffsbau auf den Werften nicht zu sistiren, um einen tüchtigen Stamm von Arbeitern zu erhalten. Meine Partei wird für die Bewilligung stimmen.

Abg. **Graf Ballestrem** (Ctr.): In der Budgetkommission wurde die Kreuzer mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt, trotzdem der Vertreter der Marineverwaltung mit größter Sachkenntniß, Beredtsamkeit und hohem Eifer für die Bewilligung eingetreten sind. Wenn jetzt Hr. v. Bennigsen für seine Freunde die Bewilligung ausspricht, so muß seine Beredtsamkeit und sein Eifer noch größer gewesen sein, als der des Staatssekretärs Hollmann. In der zweiten Lesung führte der Reichskanzler als besonderen ganz neuen Grund die Lage der Arbeiter des Bulkan nach dem Berichte des Oberpräsidenten von Pommern an. Wir erklärten damals, wir würden zwischen der zweiten und dritten Lesung in erneute Erörterung über diesen Gegenstand auf Grund dieses neuen Momentes eintreten. Diese Erörterung hat stattgefunden, und meine Freunde sind einstimmig zu dem Entschluß gekommen, auf dem Beschluß der zweiten Lesung zu beharren und auch in dritter nichts zu bewilligen. Nach unseren Informationen war der Bericht des Oberpräsidenten von Pommern stark schwarz gefärbt (Große Heiterkeit), wahrscheinlich weil er von Pessimisten berichtet wurde. Nach unseren Informationen ist für die nächste Zeit das Werk Bulkan überhaupt noch genug beschäftigt. Wenn dies auch in einiger Zeit nicht mehr der Fall sein sollte, so wird doch nicht eine so große Zahl von Arbeitern entlassen werden, wie es der Oberpräsident schrieb. Selbst wenn aber das eintreten sollte, was der Oberpräsident befürchtete, so wäre das kein Grund, von den wohlerwogenen Beschlüssen in der Kommission und in der zweiten Lesung abzugehen. Denn es ist unzweifelhaft, daß bei dem Darniederliegen aller Erwerbszweige in allen Theilen höchst unerfreuliche Arbeitsentlassungen vorkommen, und wenn überall das Reich oder der Staat eingreifen sollte, so dürften wir auf einen Weg geführt werden, den nur wenige gehen können; das wäre der Weg des Rechts auf Arbeit und der Gewährung dieses Rechts durch den Staat. Auch in der Kommission ist die Frage der Wehrhaftigkeit des Reiches zur See erwogen worden, und trotzdem hat sich die Majorität für die Ablehnung entschlossen. Neues ist auch heute nicht vorgebracht worden. Alles was gesagt worden ist, ist schon früher von den Vertretern des Marine-Departements gesagt worden. Wenn wir damals trotzdem aus budgetären Zwecken auf die Bewilligung nicht eingehen konnten, so liegt jetzt auch kein Grund vor, einen ungewöhnlichen Schritt zu thun und einen wohl erwogenen Beschluß in der Kommission und in der zweiten Lesung wieder umzustürzen. Wir werden gegen die Bewilligung stimmen.

Staatssekretär **Hollmann**: Es ist bereits früher von den sachkundigsten Vertretern die Erklärung abgegeben worden, daß diese Kreuzerkorvette nothwendig ist. Auch heute stehen die verbündeten Regierungen voll und ganz auf dem Boden der Vorlage und legen den größten Werth auf den Bau der Korvette und hoffen, daß der Antrag angenommen werden wird. Diese Korvette ist von den vielen, die durch das Programm von 1889/90 aufgestellt sind, die zweite. Wir würden also 1894/95 erst zwei Kreuzer haben. Die Entwickelung unserer Marine würde Schaden leiden, wenn dieser Typ von Schiffen nicht bewilligt wird. Vor 20 Jahren erachtete der Reichstag 20 solcher Schiffe als nothwendigen Bestandtheil unserer Flotte. Heute haben wir 10 statt 20, wovon jedoch 8 so gut wie auf dem Ausserbeetat sind. Für die Kriegsführung wenigstens sind sie nicht mehr brauchbar.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) beantragt namentliche Abstimmung über den Kreuzer. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **Barth** (dfs.): Es handelt sich bei dieser Korvette nicht allein um die Zinsen. Wir haben bereits im vorigen Jahre kein Hehl daraus gemacht, daß es für uns überhaupt zweifelhaft ist, ob nicht der Bau der Kreuzer sistirt werden soll. Zu allen Gründen, die Graf Ballestrem anführte, kommt nun noch hinzu, daß wir inzwischen eine neue Vorlage, betr. den Bau von strategischen Bahnen bekommen haben, welche eine neue Last von zwischen neun Millionen den deutschen Steuerzahlern zumuthet. Wir werden dieselbe vermuthlich bewilligen müssen, aber schließlich hat die Steuerkraft des deutschen Reiches auch ihre Grenzen. Diese Korvette kann in der That erspart werden, ohne daß der Schutz wesentlicher deutscher Interessen in höherem Maße benachtheiligt wird. Einen wesentlichen Schutz unserer eigenen Handelsflotte werden diese Kreuzer im Kriege nicht bieten können, und andrerseits ist der Schaden, den sie einer feindlichen Handelsflotte zufügen können, nicht von solcher Bedeutung für den Ausgang des Krieges, daß wir solche Schiffe in größerer Zahl bewilligen sollten. Ueber das Moment der Arbeiterfrage auf dem Bulkan wird mein Freund Dohrn Aufklärungen geben. Der Grund, einen Arbeiterstamm auf den Werften zu erhalten, kann auch nicht maßgebend sein; denn schließlich wird doch eine Reduktion in der Zahl unserer Arbeiter eintreten müssen, da wir auf der Höhe der Schiffsbauten angelangt sind. Wir werden uns einstimmig gegen die Bewilligung der Kreuzerkorvette erklären. (Beifall links.)

Abg. **Graf Arnim** (Rp.): Der Standpunkt des Abg. Barth, wer den Bau von Kreuzern überhaupt sistiren will, ist bedauerlich. Ich erinnere daran, daß 1891 dieser Kreuzer eigentlich schon bewilligt war, daß der Reichstag also gebunden ist. Wir wollen ja bis 1894 sieben Kreuzer fertigstellen; bis jetzt sind aber erst zwei fertig. Unsere alten Holzkasten sind für den Krieg unbrauchbar; sie würden durch einen Schuß mit Mann und Maus in den Grund gebohrt werden können. Es ist schlimm, daß wir öffentlich über die Schwächen unserer Marine sprechen müssen. Daß der Kreuzer nicht für den Schutz des Handels von der größten Wichtigkeit ist, bestreite ich. Wie man allein wegen 70,000 M. Zinsen die Bewilligung verweigern kann, verstehe ich nicht. Auch die Arbeiterfrage ist für uns ein wichtiger Grund.

Abg. Dr. **Dohrn** (dfs.): In der zweiten Berathung ist hier eine Schilderung des Nothstandes unter der arbeitenden Bevölkerung Stettins auf Grund eines Schreibens des Oberpräsidenten von Pommern gegeben worden, die ich berichtigen muß. Die Schilderung, nach welcher die Zahl der Arbeitslosen 4—5000 Seelen umfassen sollte, bezog sich auf den 1. Februar. In Stettin sind wir nicht in der Lage gewesen, in der städtischen Verwaltung bei den starken Schneefällen den Schnee zeitig genug wegräumen zu können, weil es an disponiblen Arbeitern gefehlt hat. (Hört! hört! links.) Die Bauverwaltung in Stettin ist genöthigt gewesen, verschiedene Arbeiten vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit hat sie nur langsam vorgehen können, weil ein erheblicher Theil der Arbeiter nicht arbeiten wollte unter einem Tagelohn von 5.50 M. (Hört! Hört! links.) Die städtische Armenkasse ist nicht in einem höheren Maße in Anspruch genommen gewesen als in früheren Jahren, und was gewiß eine sehr gute Kontrolle abgiebt, die städtische Volksküche ist nicht mehr in Anspruch genommen worden als früher. Es fehlen also für einen wirklichen Nothstand geradezu alle Grundlagen. Zugegeben muß werden, daß die theueren Lebensmittel die Lebenshaltung erschwert haben, aber unsere Bevölkerung ist Jahr für Jahr darauf eingerichtet, eine Ruhepause eintreten zu lassen, die zusammenfällt mit der Ruhepause bei den Bauten. Der Ober-Präsident ist also schlecht informirt gewesen. Derartige Aeußerungen wirken auch provokatorisch. Die Folge war, daß sich vor der Wohnung des Ober-Präsidenten eine Ansammlung von Leuten zusammengefunden hat von ungefähr 100 Köpfen, welche sich als die arbeitslose Bevölkerung ausgab. Die 4—5000 Seelen, von denen der Oberpräsident sprach, kontrastiren einigermaßen mit den 100 Arbeitslosen, die bei dem Herauznahen von 10—12 Schutzleuten auseinandergegangen sind. In den nächsten Tagen sind eine Anzahl Leute von der Arbeitsstelle der Eisenbahn aus durch die Stadt gezogen und haben eine harmlose Demonstration verübt. Die der drastischen Schilderung nicht entsprechende Nothlage steht in keinem Zusammenhange mit den Arbeiten am Bulkan. Das Werk ist in der That vollauf beschäftigt bis Mitte des Sommers, bis 2 Kriegsschiffe, die augenblicklich im Wasser in der Werft liegen, abgeliefert sind und ein anderes Marine-Fahrzeug fertiggestellt ist. Dann erst wird allerdings eine Arbeiterentlassung nothwendig werden. Daß der Bulkan eine größere Anzahl von Arbeitern behalten hat, in der Voraussetzung, den Bau der Kreuzerkorvette K in diesem Jahre zu erhalten, erscheint nicht glaublich. Es werden allerdings etwa 400 Arbeiter entlassen werden müssen. Aber diese Arbeiter gehören nicht zu den sogenannten festen Stellungen, welche nothwendig sind, um die Kontinuität des Betriebes zu sichern. Schwankungen der Arbeiterzahl auf den Werften sind ganz in der Regel. Die Arbeiter ziehen von einer Werft auf die andere, je nach dem vorhandenen Quantum an Beschäftigung. Eine Arbeiterzahl von 400 Personen spielt im großen Deutschen Reiche keine so große Rolle, daß das bestimmend sein könnte, um hier eine Bewilligung eintreten zu lassen. Für die Bewilligung in der Zukunft kann ich keine bindende Erklärung abgeben. Die Entwickelung der Marine liegt auch uns am Herzen; aber wir werden immer das thun, was wir für recht halten. (Beifall links.)

Abg. **v. Koszielski** (Pole): Meine Fraktion wird geschlossen den Kreuzer bewilligen. Wir halten diesen Schiffstyp für unsere Marine für durchaus nothwendig. Die Kreuzer sind die Ulanen zur See. (Sachen links.) Meine Partei ist in der Presse wegen ihrer Marinebewilligungen verdächtigt worden; wir sollen parteipolitische Zwecke damit verfolgen. Ich muß entschieden dagegen protestiren. Unsere Stellung zur Regierung ist die alte, wir treten aber für die Wehrhaftigkeit unserer Marine ein.

Abg. **Rickert** (dfr.): Es liegt mir fern, die Partei des Vorredners zu verdächtigen, als ob sie krampfhaft bestrebt sei, an gewisser Stelle den Verdacht zu nehmen, daß sie zu den destruktiven Elementen gehöre. Die Thatsache aber bleibt doch bestehen, daß die Herren ihre Stellung seit früher wesentlich verändert haben. Herrn Barth möchte ich gegen die mißverständliche Auslegung seiner Ausführungen in Schutz nehmen, als ob er gesagt hätte, daß wir auch in Zukunft die Kreuzer nicht bewilligen werden, sondern er hat einfach gesagt, daß wir die ganze Frage offen lassen und daß wir uns weder für Annahme noch für Ablehnung dieses Etatstitels engagiren wollen. Die prinzipielle Frage steht heute überhaupt nicht zur Erörterung. Ein seltsames Schauspiel ist es aber doch, wenn heute von jener Seite so gethan wird, als ob eine Gefahr für die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes vorhanden sei, wenn wir die Kreuzerkorvette K nicht bewilligen. Man begreift diesen patriotischen Lärm nicht, wenn man sich der Scenen in der Budgetkommission erinnert. Trotzdem wir die sachverständigsten Vorträge von den Vertretern des Reichsmarineamts gehört haben, noch sachverständigere als soeben von Herrn v. Koszielski (Heiterkeit), trotzdem Staatssekretär Hollmann vier lange Reden gehalten hatte, stimmten doch nur 1 Nationalliberaler, 1 Pole und 2 Deutsch-Konservative für die Bewilligung, alle übrigen, auch Deutsch-Konservative, Reichspartei und Nationalliberale stimmten dagegen. Was hat sich seitdem geändert? Nichts. Denn daß das neue Moment, welches der Reichskanzler anführte, nicht zu einer Bewilligung führen kann, davon wird Sie doch der Vortrag des Abg. Dohrn überzeugt haben. Ich nehme niemand übel, wenn er sein Votum in der dritten Lesung ändert, aber er hat dann nicht das Recht, die, mit denen er früher derselben Meinung gewesen war, so hinzustellen, als ob sie das Vaterland wehrlos machen wollen. (Beifall links.) Solche Argumente sind uns sehr verdächtig und machen uns nur noch fester in unserem Nein. Solche Redewendungen, wie sie Graf Arnim gebrauchte, machen auf uns keinen Eindruck. Niemand wird es wagen, weder im Auslande, noch im Inlande, dem deutschen Reichstag nachzusagen, daß er für die Marine nicht Alles gethan hat, was in seinen finanziellen Kräften steht. Wir stellen in diesem Jahre trotz der großen Bestände 32 Millionen für Schiffsbauten zur Bewilligung: das ist der vierfache Betrag von dem, was Herr v. Caprivi als Chef der Admiralität noch 1887/88 als das Maximum verlangt hat. Und da wollen Sie uns mit solchen Redewendungen kommen, wie daß wir das Vaterland wehrlos machen? (Lebhafter Beifall links!)

Abg. **v. Heyl** (konf.): Die Bewilligung des Kreuzers K ist nothwendig, nachdem wir schon vor drei Jahren den Bauplan genehmigt hatte. Alle sind darin einig, daß es mißlich wäre, wenn wir bei der Bedrohung Deutschlands in unruhigen Zeiten Verluste erlitten; da taucht immer, wie bei Chile, die Frage auf: Wo ist denn unsere Flotte? Aber bewilligen wollen Sie natürlich nicht.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Die Gegner des Kreuzers behaupten, daß die Kreuzer nicht nothwendig sind. Für sie gilt also die Meinung des Staatssekretärs, der die Nothwendigkeit des Baues betont hat, nichts (Rufe links). Wir halten den Bau der Kreuzer im Interesse unserer Wehrhaftigkeit für nothwendig, und wenn wir auch den Gegnern nicht Mangel an Patriotismus vorwerfen, sind wir doch der Ansicht, daß wir die Entwickelung der Marine als Schluß der Rüstung dem Auslande gegenüber nöthig haben. In der Kommission handelt es sich nicht blos um Streichung dieses Schiffes, sondern noch anderer Schiffe. Meine Freunde machen ausdrücklich den Vorbehalt, eins später noch durchzubringen. Herr Rickert hat uns also falsche Beweggründe für unsere jetzige Stellungnahme untergelegt. Die Stadt Stettin müßte gerade für unsere Marine ein besonderes Interesse haben, denn sie ist nöthig für den Nationalwohlstand, und dieser steht im Zusammenhang mit dem Seehandel. Wenn man nun glaubt, daß 400 Arbeiter für Deutschland nichts bedeuten, so glaube ich, daß sie doch für Stettin etwas bedeuten, dessen Lage verschlimmert wird, wenn diese 400 zu den bereits vorhandenen Arbeitslosen hinzutreten. (Zwischenrufe links.) Der Ton, in dem Herr Dohrn den Ausführungen des Oberpräsidenten von Puttkamer entgegentrat, war wenig angebracht. Ein Recht auf Arbeit erkenne auch ich nicht an, aber hier handelt es sich doch blos darum, ob wir eine Anzahl Arbeiter für eine Sache beschäftigen lassen wollen, die doch einmal hergestellt werden muß. Herr Rickert nimmt heute eine ganz veränderte Stellung gegenüber der Marine ein als früher, wo er für alle Forderungen rückhaltlos eintrat. Es handelt sich um den Schluß der Rüstung Deutschlands, und da kann man nicht wie Herr Barth sagen, daß es auf einen Kreuzer nicht ankommt.

Abg. **Rickert** (dfr.): Ich habe dem Vorredner keinerlei Beweggründe für seine jetzige Stellung untergelegt. Ich habe nur eine Frage vorgelegt: Was ist seit der Kommissionssitzung, wo einer seiner Fraktionsgenossen dagegen sprach, passirt? Ich wollte nur aufgeklärt sein. Frhr. v. Stumm hat nichts zur Aufklärung beigebracht. Die Diskussion war auch hier lange nicht so erschöpfend, wie in der Kommission. Mit allgemeinen Redewendungen läßt sich doch die Sache nicht abmachen. (Unruhe rechts.) Daß die Parteigenossen des Frhrn. v. Stumm einen Vorbehalt in der Kommission machten, davon steht nichts im Protokoll, und es hat auch sonst niemand etwas davon gehört. Wenn Herr v. Stumm sagt, ich hätte früher alle Forderungen bewilligt und jetzt nicht, so ist das eine Unwahrheit. (Große Unruhe rechts.) Unter Herrn v. Stosch hat man nur kein großes Geschrei gemacht, wenn Abstriche vorgenommen wurden. Die Methode habe ich immer bekämpft, nach welcher man ein einziges Schiff als Schutz und Rüstung Deutschlands hinstellt. Wenn uns der Staatssekretär verspricht, im nächsten Jahre kein Schiff mehr zu bringen, dann wollen wir sie dieses Jahr gern bewilligen. Ich bin früher für die Flotte eingetreten, aber nicht in dem Sinne des Frhrn. v. Stumm, sondern ich habe dabei immer auch die finanziellen Interessen des Reiches berücksichtigt. Auch unter Herrn v. Stosch haben wir große Abstriche gemacht. Herr v. Stumm will der alleinige Pächter des Patriotismus sein. Es wäre schlimm für das Reich, wenn es sich auf niemand anderes stützen könnte, als auf Herrn v. Stumm. Er sollte in sich gehen und einsehen, daß es noch andere Leute neben und außer ihm giebt. Aber noch eins: Wie kommen Sie dazu, Herr v. Stumm, so unpatriotisch zu sein, drei Schiffe zu streichen? (Heiterkeit und Beifall.) Ein Panzerfahrzeug, für absolut nothwendig erklärt von Herrn Hollmann, ein Aviso und ein Kreuzer, man höre, und Herr v. Stumm ist so unpatriotisch, diesen Schluß der Rüstungen nicht zu bewilligen. (Heiterkeit und Beifall.) Ich denuncire Herrn v. Stumm, daß er die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes beeinträchtigt. Herr von Stumm, sehen Sie jetzt vielleicht ein, daß es nicht viel besser bestellt ist mit Ihrem Patriotismus als mit unserem? Im übrigen wiederhole ich, daß wir 32 Millionen bewilligen, das versache von dem, was Herr v. Caprivi seiner Zeit für nothwendig erklärte.

Staatssekretär **Hollmann**: Es ist nicht richtig, daß 32 Millionen bewilligt werden. Nur 20,900,000 M. werden für Schiffs-Neubauten bewilligt, darunter aber 3,300,000 M. für Torpedos. Weiter wurde vor fünf Jahren erklärt, daß 8 Millionen das Minimum sein werde für Ersatz und Neubauten.

Abg. **Graf Arnim**: In den Ton des Abg. Rickert will ich nicht einstimmen; dazu ist die Sache zu ernst und gewaltig. Herr Rickert hat mir vorgeworfen, daß ich patriotischen Lärm mache. Ob der Lärm patriotisch ist, den Herr Rickert macht, weiß ich nicht. Wenn einer unserer alten Holzkasten einmal mit Mann und Maus in den Grund gebohrt sein wird, dann werde ich Sie an Ihr heutiges Votum erinnern. (Lachen links. Abg. **Rickert**: Das wird ja immer komischer!)

Abg. Dr **Barth**: Herrn v. Stumm gegenüber muß man alles zweimal sagen. (Sehr richtig! links.) Es ist vollständig unwahr, daß wir eine Bewilligung des Kreuzers für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt haben. Ich habe mit größter Deutlichkeit erklärt und Herr Rickert hat es bestätigt, daß wir das vollständig offen lassen. Wir haben uns ausdrücklich gegen das Argument verwahrt, als ob es sich jetzt darum handle, ob wir in diesem oder im nächsten Jahre die Bewilligung eintreten lassen. Die Behauptung, die Frhr. v. Stumm mir untergeschoben hat, daß es auf eine Korvette mehr oder weniger im Kriege nicht ankomme, ist einfach ridikül. Ich habe nur erklärt, daß es von untergeordneter Bedeutung für den Ausfall des Krieges sei, ob eine fremde Handelsflotte durch unsere Kreuzer geschädigt wird. Das behaupte ich nach wie vor, und das ist ein wesentlicher Grund für mich, den Kreuzer nicht zu bewilligen.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (konf.): Herrn Rickert's Redewendungen kann man nicht ernst nehmen. Er spitzt alles persönlich zu und will, sobald eine seiner Fragen nicht beantwortet wird, den Gegner sofort darauf festnageln. Herr Rickert kann mehr Fragen stellen, als 10 Weise beantworten können. (Unruhe links.) Herr Rickert wirft mir vor, daß ich zwei andere Schiffe nicht bewilligt habe. (Abg. **Rickert**: dret.) Ich behaupte es, daß nicht alles ohne Weiteres bewilligt werden kann. Wir greifen aber die Korvette heraus, weil wir das für das allein Erreichbare halten und weil hierüber auch eher eine Verständigung erzielt werden konnte.

Abg. Dr **Dohrn**: Ich glaube nicht, daß Frhr. v. Stumm berechtigt ist, mir über meinen Ton gegenüber einem früheren Mitglied des Hauses eine Lehre zu geben. Ich helfe es auch nicht gerade für ein Muster von gutem Ton, wenn Herr v. Stumm sagt, daß Herr Rickert mehr fragen könne, als zehn Weise beantworten. Ob es aber ein so großer Unterschied ist, daß ich mich über den Oberpräsidenten v. Puttkamer geäußert habe, nachdem Graf Kanitz sich hier vor ein paar Tagen über dem Oberpräsidenten v. Bennigsen äußerte, überlasse ich jedermanns Urtheil.

Abg. **Rickert**: Herrn von Stumm will ich nicht ernsthaft nehmen. Jede Form, in der er auch der Nothwendigkeit, mich mit ihm zu beschäftigen, überhebt, ist mir angenehm. — Dem Herrn Staatssekretär gegenüber halte ich die Bewilligungsziffer von 32 Millionen voll aufrecht, dieselbe ist eher noch zu niedrig gegriffen.

Abg. **v. Kendell** erklärt, daß er in der Kommission bei der Abstimmung gefehlt, sonst für die Bestimmung gestimmt haben würde.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der Kreuzer K mit 177 gegen 109 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten geschlossen: Konservative, Reichspartei, Nationalliberale und Polen. Dagegen geschlossen: Centrum, Freisinnige, Volkspartei, Welfen, Elsässer, Dänen, sowie die Wildberaler **Wisser, Roesicke** und **Prinz zu Carolath-Schönaich**.

Der Rest des Marine-Etats wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung genehmigt.

Beim Etat der Justizverwaltung wird die Resolution Dr. v. Bahr auf einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Auslieferungswesens gegen die Stimmen der Freisinnigen, Volkspartei, Sozialdemokraten und des größten Theils der Nationalliberalen abgelehnt.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antisemit) bringt den Fall Paasch zur Sprache. (Vicepräsident **Graf Ballestrem** erklärt, daß dieser Fall nicht in den Reichstag, sondern in den Landtag gehöre, da der Fall Paasch vor die Landgerichtsbarkeit gehöre). Redner erwidert, daß er zum Titel: „Reichsgericht" spreche, da in der Gerichtsverhandlung erklärt sei, daß das Reichsgericht zuständig sei. (Vicepräsident **Graf Ballestrem** wiederholt, daß die Sache nicht das Reichsjustizamt angehe, auch das Reichsgericht sei nicht damit befaßt worden.) Redner bemerkt, es stehe allerdings noch nicht fest, ob das Reichsgericht mit der Sache befaßt werden könne.

Vicepräsident Graf **Ballestrem**: Wenn hier über jede Sache

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18920330024/fragment/page=0001

gesprochen würde, mit der möglicherweise einmal das Reichsgericht vielleicht befaßt werden könnte, dann würde des Redens kein Ende werden. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** wird, als er trotzdem über die Vorgeschichte des Falles Paasch zu sprechen versucht, zur Sache gerufen und verzichtet aufs Wort.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) führt Beschwerde über die Praxis des Reichsgerichts und wünscht überhaupt Rechtsprechung nach einheitlichen Grundsätzen, namentlich Beseitigung der Rechtsungleichheit über Kuppelei usw.

Vicepräsident Graf **Ballestrem** inhibirt den Redner unter großer Heiterkeit des Hauses in seinen Ausführungen, mit der Begründung, daß die beregten Gegenstände nicht mit dem Gehalt des Staatssekretärs in Verbindung stehen.

Abg. **Stadthagen** erklärt, dann auch das Gehalt des Staatssekretärs nicht zu bewilligen. (Heiterkeit.)

Der Etat wird hierauf bewilligt, ebenso debattelos die Etats des Reichsschatzamtes, Reichseisenbahnamtes, der Reichsschuld, des Rechnungshofes, des Allgemeinen Pensionsfonds und Reichsinvalidenfonds.

Zum Etat der **Zölle und Verbrauchssteuern** liegt der Antrag Menzer (kons.) vor auf Erhöhung des Zolls auf Tabakblätter von 85 M. auf 125 M. pro 100 kg. „womöglich noch in dieser Session."

Ein Unterantrag Hultzsch (Rp.) verlangt im Falle der Annahme des Antrages Menzer auch eine entsprechende Erhöhung des Zolls auf fabrizirten Tabak.

Abg. **Brunings** (nl.) erklärt sich gegen den Antrag Menzer und befürwortet statt dessen eine Herabsetzung der Tabaksteuer und Beseitigung der Besteuerung von Tabakrippen und Tabakstengeln.

Abg. **Hultzsch** (Rp.) ist für den Antrag Menzer im Interesse der deutschen Tabakbauern, hält aber für den Fall seiner Annahme auch seinen Antrag zum Schutze der deutschen Tabak-Industrie für durchaus nothwendig.

Abg. **Moller** (nl.) wendet sich gegen den Antrag Menzer, der eine weitgehende Beunruhigung der deutschen Tabakindustrie hervorgerufen habe. Der Tabaksbau sei an sich gar nicht unlohnend, es sei nur eine falsche Richtung eingeschlagen worden. Die Tabaksbauern sollten sich auf den Bau von Qualitätstabak legen. Die ganze Frage sei noch unreif. Deshalb bittet er um Ablehnung der Anträge, hofft aber, daß der Bundesrath aus denselben Anregung zu erneuter Prüfung nehmen werde.

Abg. **Fritzen** (Düsseldorf, Ctr.) steht mit einem großen Theil seiner Partei auf dem Standpunkte des Vorredners. Es sei sehr zweifelhaft, ob durch eine Erhöhung des Tabakzolls der deutsche Tabakbau lohnender werde; jedenfalls werde der inländische Konsum sich einschränken und sich den stärkeren Tabaksorten zuwenden.

Abg. Dr. **Barth** (bf.) weist darauf hin, daß die in der zweiten Lesung von freisinniger Seite vorgebrachten Bedenken gegen den Antrag jetzt auch auf der anderen Seite des Hauses getheilt würden. Dieser Wechsel der Situation ist außerordentlich bezeichnend dafür, wie die Antragsteller zum Theil gar nicht gewußt haben, was sie mit ihrem Antrage bezwecken. Der Antrag Menzer hat in einer beispiellos kurzen Zeit die gesammte Tabaksindustrie Deutschlands mobil gemacht. Die schärfsten Erklärungen gegen den Antrag Menzer sind aber gerade aus dem Wahlkreise des Abg. Menzer, aus Heidelberg, gekommen (Heiterkeit). Durch diese Heidelberger Petition sind die Ausführungen des Abg. Menzer vollständig ad absurdum geführt. So hat z. B. Abg. Menzer behauptet, daß nur 4000 Centner Brasilatabak eingeführt werden zum großen Theil zur Fabrikation von Schnupftabak, während in Wirklichkeit 116,000 Centner Brasiltabak eingeführt wurden, von dem nur ein ganz kleiner Theil zu Schnupftabak verwendet wurde. (Hört, hört!) Abg. Menzer scheint aber eine Vorahnung gehabt zu haben, daß er ad absurdum geführt werden würde, denn in derselben Rede hatte er, nachdem er seine Behauptungen aufgestellt hatte, gegen mich hinzugefügt: das sind Behauptungen, die so leicht zu widerlegen sind, daß man nicht weiß, wie jemand sie aufstellen kann, der behauptet, Kenntniß von den Dingen zu haben. (Heiterkeit.) Diese Vorahnung bestätigt Herrn Menzer zum Ehrenmitglied von jeder spiritistischen Gesellschaft. (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, daß der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt werden wird, um der Tabakindustrie endlich einmal für längere Zeit die Beruhigung zu gewähren, daß der deutsche Reichstag in seiner Mehrheit nicht gewillt ist, die durch den Antrag vorgezeichneten Bahnen zu gehen. Ich betone den beiden Vorrednern gegenüber ausdrücklich, daß die Sache vollkommen reif ist. Wir beantragen namentliche Abstimmung. Es befinden sich unter den Antragstellern Männer, deren Charakterfestigkeit wir kennen, wie z. B. Abg. Stöcker. (Heiterkeit.) Wir wollen uns ein schönes Schauspiel gewähren, indem wir dem Abg. Stöcker Gelegenheit geben zu zeigen, wie er dem Andrange seiner Wähler gegenüber noch jetzt fest auf dem Standpunkte steht, den er eingenommen hat, als er den Antrag unterzeichnete. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. **v. Kleist-Retzow** (kons.): Ich bin hier mit dem Abg. Barth einverstanden, wo es sich um rein materielle Interessen handelt. Herr Barth versteht nur nicht unsern idealen Standpunkt. Mit Unrecht wirft er auch Herrn Stöcker die Mitunterzeichnung des Antrages vor; das ist doch nur als ein Akt der Gefälligkeit anzusehen. Der höhere Tabakzoll wird den deutschen Tabakproduzenten nichts nützen, es kommt nur auf die Qualität an. Die Erfahrung hat gerade gelehrt, daß in der Zeit, wo kein Tabakszoll bestand der inländische Absatz zunahm und die Preise in die Höhe gingen.

Abg. Graf **Hoensbroech** (Ctr.) tritt für die Anträge ein im Interesse der Tabakbauern, die weit mehr Berücksichtigung verdienten als die Tabakfabrikanten und Tabakarbeiter. Der schutzzöllnerische Standpunkt sei hier am allermeisten angebracht.

Die Debatte wird geschlossen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag Menzer mit 205 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmt ein Theil der Konservativen, des Centrums, einige Reichsparteiler, die Pfälzer Nationalliberalen und Elsässer. Dagegen stimmen von den Konservativen die Abgg. Dr. v. Frege, v. Kleist-Retzow, Bock (Minden) v. Hellmann, und von den Mitunterzeichnern des Antrags außerdem noch die Abgeordneten Dr. Giese, Prinz von Handjery, Dr. Hartmann, Freiherr von Manteuffel, Graf Wäcker, und v. Steinmann. Ein Theil der Antragsteller fehlt bei der Abstimmung, darunter der Abg. Stöcker.

Der Antrag Hultzsch wird zurückgezogen.

Beim **Postetat** wird ein Antrag Graf Kanitz abgelehnt, wonach die Korrespondenzen der Ortskrankenkassen den Charakter der portopflichtigen Dienstsachen erhalten sollen.

Beim Extraordinarium wird ein Antrag Dr. Reichensperger abgelehnt, der die Position: „Postgebäude in Dortmund" an die Budgetkommission zurückverweisen will, um durch eine Theilung derselben die vorgelegene Verlegung der Oberpostdirektion von Arnsberg nach Dortmund zu beseitigen.

Der Rest des Etats wird debattelos genehmigt, ebenso das Etatsgesetz und in der Schlußabstimmung der Gesammtetat und das Anleihegesetz.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr Antrag betr. Revision des Unfallgesetzes; Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen, Nachtragsetat, Weingesetz.

(Schluß nach 6 Uhr 30 Min.)

Preußischer Landtag.

(Bericht der „Saale-Zeitung".)

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 29. März, 1 Uhr.

Die kleineren vom Abgeordnetenhause herübergekommenen Kirchengesetze werden debattelos erledigt.

Bei Berathung seiner Petition Wester-Sintolenmarsch Deichgenossenschaft um Einstellung eines als Darlehn zu gewährenden Betrags von 1,160,000 M. erklärt

Finanzminister Dr. **Miquel**, daß in Zukunft den Gemeinden die Möglichkeit gegeben sei, höhere Steuerbeträge einzuziehen, da das Veranlagungssoll nach der diesjährigen Einschätzung zur Einkommensteuer einen Mehrertrag von 43 Millionen ergeben habe. Es werde hoffentlich bald der zweite Schritt der Steuerreform gethan werden können, nämlich die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden. Sei aber dieser Schritt gethan, dann habe Preußen ein Steuersystem, um welches es die ganze Welt beneiden könnte. Diese Reform könne aber nur durchgeführt werden mit einer gleichzeitigen Reform der Kommunalsteuern. Ueber diese Fragen schwebten jetzt Verhandlungen.

Ueber die Petition geht das Haus zur Tagesordnung über.

Es folgt sodann die **Spezialberathung des Etats.**

Oberbürgermeister **Zweigert** spricht bei dem Etat der direkten Steuern den Wunsch aus, daß die Ergebnisse der neuesten Steuereinschätzung möglichst geheim gehalten werden. Wünschenswerth wäre es, daß die Einkommensquellen weniger, als bisher geschehen, offen deklarirt werden müßten. Die Auslegung der Wählerlisten müsse beseitigt werden, denn sonst sei die Geheimhaltung der Einschätzungsresultate unmöglich.

Finanzminister Dr. **Miquel** hält dem entgegen, daß das geltende Kommunalsteuersystem weit gefährlicher sei als das Staatseinkommensteuersystem. Die Voreinschätzungskommissionen seien nicht zu entbehren, es würden jedenfalls erst mehr Erfahrungen gemacht werden müssen. Ueber Beseitigung des Uebelstandes, welcher in der Offenlegung der Wählerlisten liegt, schweben Verhandlungen.

Zu dem Etat der Bauverwaltung steht auch zur Berathung die Denkschrift über den Dortmund-Ems-Kanal.

Frhr. **v. Manteuffel** beantragt die durch die Veränderung des Projekts für den Dortmund-Ems-Kanal nothwendig werdenden Mehrausgaben den Interessenten aufzuerlegen und begründet seinen Antrag damit, daß die bisher theilnahmslos gebliebenen Zechen allein Vortheil von dem Kanal haben würden.

Oberbürgermeister **Schmieding** weist die Behauptung der Theilnahmlosigkeit der Zechen unter Anführung von Beispielen zurück.

Minister **Thielen** führt aus, daß der Kanal nicht blos den Zechen, sondern auch dem Handel, der Schifffahrt und der Landwirthschaft nützen werde. Die Behauptung, daß die Zechen für den Kanal nichts gethan haben, sei unrichtig. Redner führt eine Reihe von Beiträgen an, die von den Zechen geleistet worden seien.

Frhr. **v. Stumm** erklärt, ein Gegner des Kanals überhaupt zu sein, der kaum von Nutzen sein werde und spricht sich für den Antrag Frhr. von Manteuffel aus.

Minister Dr. **Miquel** hält den Nutzen des Kanals als den Anfang einer großen Wasserstraße zwischen Rhein und Weser auch für den Osten für bedeutend. Man möge nicht durch Annahme des Antrages Manteuffel das Werk wieder ins Stocken bringen. Es entspreche nicht der viefgebrauchten ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn man die Wasserstraße im Osten verbessern helfe, im Westen dagegen hindere.

Nachdem noch **Graf Pfeil** für, **Graf zu Knyphausen** und Frhr. **v. Schoemacher** sich gegen den Antrag ausgesprochen, wird derselbe abgelehnt und die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberathung des Etats auf Mittwoch 12 Uhr. — Schluß nach 5 Uhr.]

Berliner Börse.

29. März.

(Ergänzungs-Kursliste zu den Notirungen im heutigen Morgenblatt.)

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	— —
Bairische Anleihe	4	106,30bzG
Kurhess. P.-Sch. à 40 T.		— —
Bad. Präm.-Anl. 1867	4	137,70bz
Baierische Präm.-Anl.	4	140,30bz
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	103,20G
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	135,40bzB
Dessauer St.-Pr.-Anl.	3½	139,40G
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	134,40bz
Lübecker	3½	129,25bz
Meininger 7 fl-Loose	—	27,50bzG
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	127,90B

Ausländische Fonds.

Finnländische Loose	—	57,10bz
Freiburger 15 Frcs.-L.	—	31,00bz
Italien. Natb.-Pfd. stfr.	4	— —
Kopenhag. Stadt-Anl.	3½	— —
Mailänder 10 Lire-Loose	—	18,60G
Oesterr. Papier-Rente	4½	81,60bzG
do. Cred. 100, 58	—	331,40bz
do. 1860er Loose	3	123,40bzG
do. 1864er Loose	—	317,10bz
Russ. Poln. Schatz-Obl.	4	90,75bz
do. Präm.-Anl. 1864	5	152,00bz
do. do. 1866	5	141,10G
Spanische Ext.	4	58,50G
Türkische Gleiche	1	— —
do. Administr.	5	85,70bzG
do. Zoll-Obligl.	5	— —
do. 400 Frcs.-Loose	—	75,50bz
Ungarische Gold I.-A.	5	102,50bzG
do. Grundentl.-Obl.	4	79,75B
Türk. Tab.-R.-A. abg.	4½	— —

Deutsche Hypoth-Pfandbriefe.

Anhalt-Dessauer Pfdbr.	4	101,50bzG
Deuts.Gr.-Kr.-Präm. I.	3½	112,25bz
do. II. Abth.	3½	108,25bz
D.Gr.-K.-B. III, IIIa u. IIIb	3½	97,10bzG
D. Gr.-K.-B. V. rz. 110	3½	97,10bzG
do. V. rz. 100	3½	95,00bzG
Deuts. Grundsch.-Obl.	4	101,10bzG
do. do. do.	3½	94,50bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	101,40bzG
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,25bz
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	100,80bz
do. II. unkdb. bis 1900	4	101,70G
do. Präm.-Pfdbr.	4	127,90B
Nordd.-Gr.-Cred. Pfdb.	4	100,90bzG
Pfälz. Hyp.-Bk.-Pfdbr.	3½	96,20bzG
Pomm. Hyp.-B. III. IV. neue rz. 100	4	101,40bzG
P.B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,00G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	107,75bz
do. VII. VIII. IX. rz. 100	4	100,50bz
do. XIII. rz. 100	4	101,75G
do. XI. rz. 100	3½	95,50G
Pr. Centrb.-Pfdb. rz. 100	4	101,20G
do. do. 1860	4	103,00bzG
do. do.	3½	94,00bzG
Pr. Centr.-Komm.-Obl.	3½	94,00bzG
Pr. Hp.-A.-B. VI. rz. 110	5	— —
do. div. Ser. rz. 100	4	101,40bzG
do. do. rz. 100	3½	94,50bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G. Certif.	4½	100,00G
Rhein. Hyp.-Pfdb. 1890	4	100,50bzG
do. do.	3½	94,50G
Schles. B.-C.-B. rh. à 110	5	— —
do. do. do.	4½	110,30G
do. Bodenkredit	4	101,80G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Baltische (gar.)	3	63,75bz
Buschtiehrader B.	10½	— —
Halberst.-Blankenb.	4⅔	100,00bz
Ital. Meridional-Eb.	7⅙	— —
Jura-Simpl. kv. Westb.	—	— —
Krefelder	4⅘	98,25bz
Krefeld-Uerdinger	0	— —
Eutin-Lübeck	1⅗	45,40bz
Frankfurt Güterb.	7 5½	78,00bz

Deutsche Eisenb.-Stamm-Prioritäten.

Breslau-Warschau	5	45,75bz
Dortmund-Gronau-E.	4½	111,90bz
Marienb.-Mlawkaw	5	105,75bz
Ostpreuss. Südbahn	5	108,10bz
Saalbahn	4⅗	100,25bz
Weimar-Gera	3½	85,50bz

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Albrechtsbahn (gar.)	1	— —
Raab-Oedenb.	½	24,10G
Reichenb. Pardubitz	3 4½	79,00bz
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ital. Meridionaux	7½	— —
do. Mittelmeerb. stfr.	5½	89,50bzG

Eisenb.-Prior.-Obligationen

Berg.-Märk. III. A. B.	3½	98,30G
do. III. C.	3½	98,30G
Braunschweigische	4½	— —
Lübeck-Büchengarant.	4	101,75G
Magdeburg-Wittenb.	3	83,20B
Mainz-Ludw. 66-69 gar.	3	102,40bzG
do. 75, 76 u. 78	4	102,60G
do. 1874	4	— —
Mecklenb. Friedr. Frzb.	3½	95,75bzG
Oberschles. Lit. E.	3½	98,25G
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,25bzB
Saalbahn	3½	94,40G
Weimar-Gerae	4	— —
Albrechtsbahn	5	— —
Böhm. Nordb. G.-Obl.	4	100,30bzG
Buschtehrader G.-Obl.	4½	— —
Dux-Bodenbacher II	5	— —
do. III.	5	— —
do. Silb.-Pr.	4	82,40bz
do. Gold-Pr.	4	101,60G
Dux-Prager Gold-Obl.	5	107,60G
Galiz. Karl-Ludw. 1881	4½	85,80G
Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	54,30bzG
Kasch.-Oderb. Gold-89	4	96,25bzB
do. Silb.-Pr. 89	4	79,20G
Kronprinz-Rudolfsb.	4	81,30G
do. (Salzkammergut)	4	100,00G
Lemberg-Czernowitz	4	78,75bz
Oest.-Frz. Staatsb., alte	3	83,75G
do. 1874	3	81,70G
do. 1885	3	80,10G
do. Ergänzungsn.	3	81,90bz
do. Gold-Pr.	4	100,00bzG
Oesterr. Lokalbahn	4½	— —
do. Nordwestbahn	5	92,10bzG
Pilsen-Priesen	4	82,10bzG
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	59,90bzB
do. Obligationen	5	103,00G
Ungar. Nordostbahn	5	87,20G
do. do. Gold-O.	5	103,20bz
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	85,75bz
Gr. Russ. Eisenb.-Ges.	3	— —
Iwangorod-Dombrowo	4½	97,00bz
Koslow-Woron. 1889	4	87,70bz
Kursk-Chark. Asow 89	4	89,10B
Kursk-Kiew	4	86,90G
Mosco-Kursk	4	84,50G
Mosco-Rjäsan	4	87,90bz
Mosco-Smolensk	5	98,90bzG
Rjäsan-Koslow	4	86,90G
Rybinsk-Bologoye	5	99,00bz
Russ. Südwestbahn	4	86,70bz
Transkaukasische	3	74,50G
Warschau-Wiener 10 er	4	95,60bz
do 5 er	4	95,60bz
do. 1 er	4	95,60bz
Wladikawkas Oblig.	4	88,50G
Zarskoe-Selo	5	88,25G
Manitoba	4½	98,00G
Northern-Pac. I. bis 1921	6	114,70bzG
do. II. „ „ 1933	6	111,00bzG
do. III. rz. 1937	6	106,00bzG
Oreg. Railw. u. N., 1925	5	95,90B
St. Louis u. S.-Fr., „ 1931	6	106,90G
do. do. „ 1931	5	93,00bzG
Anatolische	5	84,10bzG
Oëste de minas	5	— —
Portug. Eisenb.-O. 1886	—	37,60G
do. 1889	4½	25,00bz
Schweiz. Centralb. 1880	4	— —
do. 1883	4	— —
do. 1886	4	— —
do. Nordostbahn	4	— —
Serb. Eis.-Hyp.-Obl.	5	78,50bz
do. Lit. B.	5	78,00bz
Wilhelm-Luxemburg	3	85,10bzG

Bank-Aktien.

Anglo-Deutsche Bank	5	93,25G
Bank d. Berl. Kassenv.	6¼	— —
Bank f. Sprit u. Prod.	3	57,60G
Barmer Bankverein	6	107,60G
Berliner Handels-Ges.	7½	128,50bz
Braunschw. Bank	5⅘	104,90B
Cöln. W. u. Komm.	5½	94,00G
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	5	95,00bz
Danziger Privatbank	8⅘	— —
Deutsche Grundschuld	6½	125,25bzG
Deutsche Nationalbank	5	96,10G
Essener Kredit	7	119,80G
Gerner Bank	0	57,00G
Hamburg. Hypoth.-B.	8	125,75bzG
Hamb. Com. u. Disc.-B.	4	— —
Königsberg. Vereinsb.	5	— —
Leipziger Bank	6½	125,60G
Lübecker Kommerzb.	7	117,00G
Mecklenb. Hypotheken	8	128,25G
Nordd. Grund-Kredit	0	78,60G
Oesterr. Länderbank	—	— —
Oldenb. Spar- u. Leihb.	—	— —
Preuss. Immob. M. p. St.	—	272,00bzG
do. Leihhaus konv.	6	— —
Rhein.-Westf. Bank	0	— —
Weimar. Bank konv.	—	108,75G
Westfälische Bank	5	107,60G
Wiener Bankverein	—	— —
Wiener Unionbank	—	— —

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	6	113,25bzG
Archimedes	5	93,75G
Bau-Ausführung	—	189,75bzG
Berl. Charlottenb.	—	146,90bz
do. Neustadt	—	76,00bzG
Passage konv.	3½	66,25G
B.-Wilmersd. T.-G.	16	147,30bzG
Bazar	10	194,00G
Berliner Lagerhof	0	83,00G
do. do. St.-Pr.	0	110,25G
do. Musik-I., Pietschm.	10	— —
Omnibus-Gesellschaft	12½	255,00G
Braunschweiger Jute	6	112,10G
Butzke, Metallindustr.	—	72,00G
Charlottb. Wasserwerk	10	215,00B
Chem. Fabr. Scherin g	13	193,00bz
Danziger Oelmühle	13	109,00B
Danz. Oelmühle St.-Pr.	11	109,00B
Dessauer Gas	10	153,40B
Düsseldorfer Waggon	14	144,00G
Elberfeld. Farbenfabr.	—	185,60G
Erdmannsdorf. Spinn.	—	87,40bz
Frister & Rossmann kv.	—	83,50G
Gummi-Fab. Fonrobert	3	96,25G
do. Voigt & Winde	—	118,50bz
do. Volpi & Schlüter	5	94,50bzB
Harburg-Wien Gummi	20	246,50G
Jeserich Asphalt	—	— —
Kaiserhof konv.	—	115,90G
Keyling & Th Eiseng.	6	106,00G
Kurfürstendamm-Ges.	—	1713 bzG
La Veloce, Ital. D.	—	75,50bzG
Ludw. Löwe & Co.	18	232,00G
Mälzerei Wrede	6	83,00
Magdeburger Baubank	2	82,90B
Neuss, Wagenbau	—	82,10bzG
Nordd. Eiswerke	3	67,80G
Oppelner Portl.-Cemnt.	5½	97,90B
Pferdebahn-Ges.		
Braunschweiger	—	— —
Breslauer	7	131,90B
Stettiner	—	67,50B
Sächs. Stickmasch.	4	106,00bzG
Siemens, Glas-Industr.	—	138,00G
Strals. Spielkart. St.-P.	6⅔	95,10G
Vr. Deutsch. Petr. St.-P.	—	19,50bzG
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	—	151,00G
Wilhelmshütte	3½	55,75bzG
Zuckerfabr. Fraustadt	0	66,80G

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Anhalter Kohlenwerke	7	101,50bzG
Baroper Walzwerk	0	57,00bz
Berzelius	—	119,50G
Braunschw. Kohlenw.	—	68,00bz
do. St.-Pr.	—	83,00bzG
Consolidat. Bergw.-G.	20	156,00bzB
Consol. Marie	2⅛	45,25G
Consol. Redenh. St.-Pr.	0	30,50bzG
Duxer Kohlen kon.	12	115,00G
Gelsenkirch. Gusstahl	10	86,00G
Georg-Marien-St.-A.	5	70,80bzG
do. St.-Pr.	5	94,10G
Hagener Gusstahl	8	118,50G
Harzer Eisenw. konv.	0	7,00G
do. do. St.-Pr.	3½	33,00bzB
Hugo Bergwerk	10	81,00bzG
Kattowitzer	10	121,75bzG
Königin-Marienhütte	—	63,00bzG
König Wilhelm conv.	22	121,90bz
do. St.-Pr.	27	165,00G
Rhein. Antr.-Kohlen	10	76,75bz
Rheinische Stahl Lit. C.	11	134,75bzG

Oblig. v. Indust.- u Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	96,90B
Aschersleb. Kaliwerke	5	102,80G
Bochumer Gusstahl	4	102,40G
Dessauer Gas	4½	105,10G
Dortmunder Union	5	111,30bz
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II.	4	101,20bz
Hamb. Packetfahrt	4	— —
Henckel Obligationen	4	101,10G
Hibernia	4½	104,00bzG
Laurahütte	4½	102,60bz
Luise Tiefbau	4½	100,60B
Naphta-Obligationen	6	101,80G
Norddeutscher Lloyd	4	99,10G
Oberschl. Eisenbahnb.	4	— —
do. Eisen-Ind.	4½	102,00G
Passage Akt.-Bauver.	4	99,40G
Solvay-Obligationen	5	101,25G
Thale Eisenwerk	4	— —
v. Thiele-Winkler	4	100,00bz
Westf. Gruben-Verein	5	103,00G
Zoologischer Garten	6	106,25B

Petroleum.

* Stettin, 29. März. Loco 10,90.
* Hamburg, 29. März. Petroleum ruhig, Standard white loco 6,00 Br., per Aug.-Sept. 6,00 Br.
* Bremen, 29. März. (Börsen-Schluss-Bericht. — Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Raff. Petroleum Fasszollfrei, matt, loco 6,65 Br.
* Antwerpen, 29. März. [Schluss-Bericht.] Raffinirtes Type weiss loco 14 bez. und Br., pr. März 14 Br., pr. April 14 Br., per Sept.-Dez. 14½ Br. Ruhig.
* New-York, 28. März. (Telegr.) Raffinirtes etroleum Standard white in New-York 6,30 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,15 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,40, do. Pipeline Certificates pr. April 54⅞ Ziemlich fest.
* New-York, 19. März. (Telegr.) [Anfangs-Kurse.] Petroleum Pipeline certificates pr. April 55.

Leipziger Börse, 29. März.

Zt.		M.ℳ		Zt.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.		86,00B	4	Mansf. Gew. 1882	500	100,75G
3	do.	1000	86,00B	4½	do. 1879		100,75G
3	do.	500	86,50B	4	do. Em. 1875		100,75B
		Thlr.		4	Lpz. Stadtobl. 1884		102,90G
3⅗	Staatsanl. 1855	100	92,25bz	4½	do. 1876		102,00B
4⅗	do. 1877	500	— —	3½	Alth. Landoblig.	1000	98,50G
3½	do. 67 kv. 4⅗	500	95,00B	3½	do. do.	5000	— —
3½	Landrentenbr.	500	95,00G				

Div.	Eisen b.-Stamm-Akt.			Div.			
9½/90	Altenburg-Zeitz		181,00G	6½	Leipz. Baubank		107,00B
20	Aussig-Teplitz		400,00G	10	do. Bierb. Reudn., v. Riebeck & Co.		176,00B
7½	Böhm. Westb. (50)		151,00G	4	Lpz. Kammgarnsp.		142,00bzG
10	Buschtehrad. Lit. A.		185,75G	9	do. Malzf. Schkeud.		125,00G
10¼	do. do. B.		183,00bz	fo.	Mansfelder Kuxe		— —
4	Galiz. K.-Ludw.-B.		80,50G	75 M.	p. St. M.		641,00G
7	Graz-Köflach.		113,00B	1	Sächs. Kamug.-Sp. (Solbrig)		26,50G
0	Saalbahn		29,00G	8	Sächs. Masch.-Fab. (Hartmann)		125,00B
9	Weimar-Gera		17,00G	11⅔	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)		— —
3	Werrabahn		74,00G	9	Thür. Gasges. Lpz.		146,50bzB
Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.			9	do. Stamm-Pr.		152,00G
8½/90	Altenburg-Zeitz		— —	10	St.-Thür. Br.-V. St.		150,50G
12½	Dux-Bodenb. Lit. A.		237,50G	10	do. St.-Prior.		150,50G
12½	do. do. B.		237,50G	6	Zeitzer Par. u. S.-A.		94,00G
Div.	Bank- u. Kredit-Akt.			—	do. do. Oblig.		103,00B
9	Allg. D. Kr.-A. Lpz.		158,10bzG	5	Westeregeln, Part.-Oblig.		100,00G
7	Dresdener Bank		130,25G	12½	Zuckerfab. Glauzig		126,00B
0	Gerner Bank		57,00B	7	Zuckerraff. Halle		119,00G
6	do. Hdls.-u. Krdtb.		— —				
6⅔	Gothaer Privatb.		113,00B				
6½	Leipziger Bank		125,75B				
6	Sächs. Bank		114,25G				
11	Weimar. B. abgst.		— —				
7	Zwickauer		100,00B				
Div.	Ind.-Aktien, Pr. und Stamm-Prior.						
8	Chemn. Werkz.-M.-Fabr. (Zimmerm.)		105,00bzG				
7	Crölln. Papierfabr.		—,—				
—	4⅔ do. Schldvschr.		96,50G				
6	Dörstewitz-Rattm.		78,25G				
4	D.W.M. (Sondermm. & Stier) Vorz.-A.		62,00G				
10	Geraer Jutesp. u. W.		99,50B				
12	Germania (Schw. & Sohn)		102,40G				
6	Halbesche Str.-B.		118,00B				
3	Kette Elbs.-G.-Akt.		65,00G				
8	Körbisd. Zuckerfb.		121,75G				

%	Ausl. Eisenb.-P.-Obl.	
4	Aussig-Teplitzer	101,50G
5	Böhm. Nordbahn	93,00G
4	do. do. Gold	100,10G
5	Buschtehr. B Ndw.	91,00G
5	do. Em. 1871	91,00G
5	do. do. 1872	91,00G
4½	do. Gold	104,00G
5	Dux-Bodenbach	91,00G
5	do. Em. 1871	90,80G
5	do. do. 1874	110,00G
4½	Graz-Köflacher	86,50G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	88,00G
4	Kaschau-Oderberg	79,10G
4	Prag-Dux Gold	100,00G
5	do. Gold	107,10G
5	Prag-Turnau	93,00G

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18920330024/fragment/page=0002